

# Eibia: Landkreis soll Stellungnahme abgeben

## Verwaltungsausschuß erwartet eine Bewertung

Dörverden. Der Verwaltungsausschuß der Gemeinde Dörverden hat den Landkreis auf Antrag der SPD-Fraktion gebeten, zu der Frage der militärischen Altlasten auf dem ehemaligen Eibia-Gelände in Barne eine abschließende bewertende Stellungnahme als Untere Wasserbehörde abzugeben und zu erklären, was die Bezirksregierung „weiter“ bearbeitet. Damit bezog sich der Verwaltungsausschuß auf einen Passus in einer Mitteilung der Unteren Wasserbehörde, die in Sachen Eibia keinen weiteren Handlungsbedarf sah und auf die „weitere Bearbeitung durch die Bezirksregierung“ verwiesen hatte.

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hatte an den Landkreis geschrieben, daß aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse und der Berücksichtigung der bekannten Gesamtumstände weitere Nachfolgeuntersuchungen nicht als zwingend notwendig angesehen würden.

Dies veranlaßte den Landkreis, festzustellen, daß sich sowohl für den Wasserversorgungsbrunnen der Niedersachsenkaserne in Barne als auch für den Brunnen des Wasserwerks Dörverden keine Hinweise auf eine im Zusammenhang mit der früheren Produktion auf dem Eibia-Gelände stehende Kontamination durch Arsen und Diphenylamin ergeben habe. Die Untere Wasserbehörde habe keinen weiteren Handlungsbedarf gesehen, weil die Bezirksregierung die Sache weiter bearbeiten müsse.

Für den Verwaltungsausschuß ergaben sich hieraus offenbar Konsequenzen aus der Bestandsaufnahme und dem Handlungskonzept für Rüstungsaltlasten in Niedersachsen. In Niedersachsen sind zahlreiche ehemalige Standorte der Rüstungsindustrie bekannt. Einige stehen dabei konkret im Verdacht, schädliche Beeinträchtigungen insbesondere des Grundwassers hervorzurufen und zu einer Gefahr für die öffentliche Trinkwasserversorgung zu werden.

sorgung zu werden.

Seit einer großen Anfrage aus dem Jahr 1987 hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Umweltministeriums, des Innenministeriums, des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, des Niedersächsischen Amtes für Bodenforschung des Niedersächsischen Landesamtes für Wasserwirtschaft landesweit den Bestand aufgenommen und ein erstes Handlungskonzept im Juni 1988 vorgelegt.

Unter dem Abschnitt Sprengstoff- und Pulverfabrikation erscheint die im Teileigentum des Bundes stehende Eibia in Barne. Im Boden ist nach den Feststellungen arsenhaltiges Ademsit abgelagert. Vermutet werden auch 27 Kilogramm Ademsit in drei Kisten, die nach Meinung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes zu beseitigen sind. Für Dörverden wurde daher eine Detailuntersuchung für den Grundwasserbereich für erforderlich gehalten.

Verdener Aller - Zeitung  
15.03.90

# Kleinaktionär von der Eibia-Gruppe blitze ab

## Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) gibt Gutachten über Rüstungsaltposten nicht heraus

Dörverden-Barme (eb). Die Industrieverwaltungsgesellschaft AG (IVG) in Bonn, Eigentümerin des Eibia-Geländes in Dörverden-Barme, will ein Gutachten über das Gefährdungspotential von Rüstungsaltposten auf dem Areal der ehemaligen Munitionfabrik nicht herausgeben. Der Vertreter der Eibia-Arbeitsgemeinschaft aus Verden, Olaf Bennefeld, blitzte mit einer entsprechenden Bitte auf der Aktionärsversammlung in Bonn ab.

Eine Herausgabe, so erfuhr der Kleinaktionär Bennefeld vom Vorstand der bundeseigenen Gesellschaft, könne nicht erfolgen, weil man dadurch die anderen Aktionäre ungerecht behandeln würde. Außerdem sei das Gutachten, eine Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Gefährdungspotentials von Rüstungsaltposten auf dem fraglichen Gelände, noch gar nicht fertig.

Das erstaunte den Mitarbeiter der EIBIA-AG, und er stellte fest, daß man schließlich von der Gemeinde Dörverden erfahren habe, daß ein Gutachten vorliege und an den Landkreis Verden bereits weitergegeben sei. Trotz dieser Vorhaltungen erfuhr Bennefeld vom Vorstand jedoch nichts über eventuell erforderliche Sanierungsmaßnahmen. Auch die Frage nach einem Etat für die Sanierung wurde genauso abgeblockt wie der Wunsch nach den Namen

von Firmen und Behörden, die bei einer eventuellen Sanierung eingeschaltet werden sollen.

Der IVG-Vorstand beharrte auf dem Standpunkt, daß man nicht sanierungspflichtig sei. Gleichwohl erinnerte Olaf Bennefeld seine Aktionärskollegen auf der Hauptversammlung daran, daß seine Arbeitsgemeinschaft akute Umweltgefahren in einer Dokumentation aufgezeigt habe. Das Grundwasser des Standortes Dörverden sei danach nicht nur durch mehrere vergrabene Kampfstoffkisten der Blaukreuzgruppe und durch Rückstände aus der Schießpulverproduktion gefährdet. Eine Gefährdung gehe außerdem von einer Neutralisationshalde, einem Verbrennungsplatz, unterirdischen Holzrohrleitungen, Säurekanälen, Absetzbecken und kontaminierten, gesprengten Produktionsbunkern aus.

Probeentnahmen und Analysen, so Bennefeld, habe man selbst in Auftrag gegeben und bezahlt. Damit habe man aromatische Amine und organische Arsenverbindungen im Erdreich und sogar im Grundwasser nachgewiesen. Das sei um so schlimmer, als das Gelände der IVG in einer Trinkwasserzone II liege.

Die schließlich von der IVG-Tochterfirma Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH (IABG) in Auftrag gegebene Bestandsaufnah-

me und Erstbewertung habe sich auf Recherchen und Dokumente aus der Eibia-AG stützen können, stellte Olaf Bennefeld vor der Aktionärsversammlung fest. Erst durch eine von der Arbeitsgemeinschaft in England gekaufte Luftaufnahme seien die Gutachter beim Kampfmittelbeseitigungsdienst in Hannover fundig geworden. Abzüge der nun vollständigen Fotoserie wollen die IVG-Vorstände aber ebenfalls nicht herausrücken, obwohl die Gutachter dies vorgeschlagen hatten.

Auch der Versuch, Geld von der IVG für überlassene Dokumente zu bekommen, scheiterte. Angesichts von rund 180 000 Mark, die das Unternehmen nach einem Kostenvorschlag für ein Gutachten ausgeben wolle, seien 3000 Mark für die Arbeitsgemeinschaft angemessen, hatte Bennefeld zuvor erklärt. Die IVG-Vorstände sahen das nicht so und blieben stur. Die Versammlung der Aktionäre, so der Eindruck von Olaf Bennefeld, habe seinen Ausführungen und Bitten mit Interesse zugehört. Auf jeden Fall sei man nicht ignoriert worden. Vielleicht sei das der Grund dafür, daß sich der IVG einer letzten Bitte der Eibia-AG nicht verschloß. Für die zweite Auflage der Dokumentation, die im Herbst erscheinen soll, versprach man einen Zuschuß in unbekannter Höhe.

Verdener Nachrichten, 05.07.90

# Dörverden will Klarheit über Eibia-Gefahren

Dörverden (eb). Der Verwaltungsausschuß (VA) in Dörverden will von Landkreis, Bezirksregierung und Umweltministerium in Hannover nun genau wissen, welche Gefahren von den Rüstungsaltslasten auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia in Dörverden-Barme ausgehen. Die behördlichen Entscheidungen zum weiteren Vorgehen sollen der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. Grund für den Vorstoß: Auf dem Brandplatz der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia in Barme haben Experten der Universität Marburg eine hohe Konzentration anorganischen Arsens festgestellt. An gleicher Stelle wurde bereits früher auch organisches Arsen gefunden, das bei der Munitionsherstellung anfiel und im Boden zurückgeblieben ist.

In einer Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Gefährdungspotentials aus Kampfmittelrückständen, die dem Verwaltungsausschuß (VA) in Dörverden jetzt vorlag, wurde der Fund des anorganischen Arsens von den Experten der Universität Marburg als besonders auffällig bezeichnet. Deshalb sollten nach Meinung der Wissenschaftler andere Bodenproben, in denen organisch gebundenes Arsen bereits gefunden wurde, auch auf anorganisches Arsen hin untersucht werden. Das gleiche soll mit Vergleichsproben geschehen.

Besonders besorgt ist der Verwaltungsausschuß darüber, daß Mitarbeiter der Universität Marburg während der Probenentnahme bei sehr heißem Wetter an Reizerscheinungen an Augen und Hals litten. Die Beschwerden traten an zwei verschiedenen Untersuchungspunkten auf, die laut Bericht erstaunlicherweise eine geringe Konzentration von organischem Arsen aus der Pulverproduktion aufwiesen.

Für die VA-Mitglieder in Dörverden stellt sich nun die Frage, ob die Grenzwerte für anorganisches Arsen einfach auch für organisch gebundenes Arsen angenommen werden dürfen. Wasserproben aus ausgewählten Brunnen seien noch nicht abschließend untersucht worden. Der VA drängt darum darauf, die bisher versäumten Analysen nachzuholen, damit eine mögliche Gefährdung des Grundwassers durch arsenhaltige Kampfstoffreste erkannt werden kann.

Die Erstbewertung des Gefährdungspotentials durch Kampfmittelrückstände in Dörverden-Barme wurde von der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) herausgegeben. Es handelt sich dabei um eine Tochtergesellschaft der bundeseigenen Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG), die als Geländeeigentümerin die Untersuchung in Auftrag gegeben hatte.

Verdener Nachrichten  
11.07.90

# Eibia-Altlast unterm Sportplatz?

**Rasen in der Kaserne abgesackt / SPD fordert Weitersuche**

Dörverden (eb). Die SPD-Fraktion in Dörverden will wissen, was mit den Produktionsabfällen aus der Munitionsfabrikation der früheren Eibia in Barne passiert ist. In einer Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Gefährdungspotentials werde zwar nicht ausgeschlossen, daß Rückstände aus der Pulverherstellung in die Weser abgeleitet wurden, heißt es in einer Pressemitteilung der Sozialdemokraten. Abfälle sollen aber auch auf dem Gelände vergraben sein. Danach sei bisher nicht gesucht worden, und diese Suche müsse unverzüglich aufgenommen werden.

Ihre Besorgnis leitet die SPD aus der Lektüre einer Bestandsaufnahme ab, die im Auftrag der bundeseigenen Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) von deren Tochtergesellschaft Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) erstellt wurde. In dieser Bewertung des Gefährdungspotentials würden weitere Grundwasseruntersuchungen auf dem ehemaligen Eibia-Gelände für unbedingt erforderlich gehalten, obwohl noch zu Beginn dieses Jahres die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zu einem anderen Schluß gekommen war, nämlich: Nach den bisherigen Untersuchungser-

gebnissen und unter Berücksichtigung der Gesamtumstände seien weitere Grundwasseruntersuchungen nicht erforderlich.

Teile des Sportplatzes in der Niedersachsenkaserne, die zu großen Teilen auf dem Eibia-Gelände gebaut wurde, sind abgesackt. Bei Untersuchungen, so die Sozialdemokraten, seien die Fundamente der Säurekonzentrationsanlagen freigelegt. Der Sportplatz sei nun gesperrt und die Untersuchungen auf Altlasten aus der Rüstungsproduktion noch nicht abgeschlossen.

Die Sozialdemokraten in Dörverden sehen die Beharrlichkeit bestätigt, mit der sie immer wieder das Thema der Rüstungsaltlasten auf dem Eibia-Gelände auf die Tagesordnung des Verwaltungsausschusses gebracht hatten. Sie fordern, daß die zuständigen Wasserbehörden kurzfristig für Klarheit und Aufklärung der Öffentlichkeit sorgen.

Mit dem Landkreis sei man sich darüber einig, daß weder Kreis noch Gemeinde schon allein aus personellen Gründen in der Lage seien, die weiteren notwendigen Maßnahmen abzuschätzen, die sich aus dem Rüstungsaltlastenproblem auf dem ehemaligen Eibia-Gelände in Barne ergeben.

Verdener Nachrichten, 09.08.90

# Produktionsabfälle vergraben?

**SPD-Fraktion Dörverden fordert mehr Klarheit in Sachen Rüstungsaltlasten**

Dörverden. Mehr Licht in dunkle Angelegenheiten möchte die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Dörverden in Sachen Rüstungsaltlasten auf dem ehemaligen Eibia-Gelände in Barne gebracht haben. Innerhalb der Fraktion wurde gleichzeitig aber auch festgestellt, daß die Gemeinde ebenso wie der Landkreis schon allein personell nicht in der Lage ist, die notwendigen weiteren Maßnahmen abzuschätzen, die sich aus dem Rüstungsaltlastenproblem ergeben.

Denoch habe die Gemeinde bisher etwas tun können: Die re-

gelmäßige Behandlung des Themas im Verwaltungsausschuß habe wesentlich dazu beigetragen, daß die Aktivitäten nicht ins Leere gelaufen seien.

Besorgnis erregte in jüngster Zeit die Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Gefährdungspotentials der Rüstungsaltlasten durch die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft mbH. Danach ist eine Kontamination des Untergrundes und des Grundwassers nicht auszuschließen. So ist vor allem unklar, wo die Produktionsabfälle geblieben sind. Es

wird nicht ausgeschlossen, daß die in die Weser abgeleitet wurden, doch sollen sie auch im Gelände vergraben worden sein. Danach wurde aber bisher nicht gesucht. Diese Maßnahmen müssen nach Ansicht der Fraktion unverzüglich nachgeholt werden.

Während die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe Anfang 1990 noch zu dem Schluß kam, daß nach den bisher vorliegenden Untersuchungsergebnissen und unter Berücksichtigung der Gesamtumstände weitere Grundwasseruntersuchungen nicht erforderlich seien, wer-

den diese nun wieder für unbedingt erforderlich gehalten.

Zum anderen sind im Bereich des Sportplatzes der Niedersachsenkaserne Versackungen aufgetreten. Bei Untersuchungen würden die Fundamente der Säurekonzentrationsanlage freigelegt. Der Sportplatz ist seither gesperrt. Die Untersuchungen auf Altlasten aus der Rüstungsproduktion sind noch nicht abgeschlossen. Aus alledem schließt die SPD-Fraktion, daß ihre Forderungen, für mehr Klarheit zu sorgen, mehr als berechtigt sind.

Verdener Aller - Zeitung, 10.08.90

# Arsenfund unter dem grupen Kaseln

## Rüstungsaltslast in der Barner Kaserne freigelegt / Eibia-AG sieht sich bestätigt

Dörverden-Barme (ptv). Sporttreibende Militärs haben auf dem Spielrasen in Dörverden-Barme vermutlich eine Lawine von Rüstungsaltslasten losgetreten. Ein Teil der Sportplatzfläche sackte ab. Das Erdloch gab den Blick frei auf die Fundamente der alten Säurehochkonzentrationsanlage in der ehemaligen Munitionsfabrik Eibia. In Proben aus dem Erdreich zwischen den Mauerresten und dem Grundwasser haben Chemiker der Universität Marburg Arsen in organischer wie auch anorganischer Form festgestellt. „Adamsit“, „Clark I“

Auftraggeber der „Bestandsaufnahme und Erstbewertung des Gefährdungspotentials von eventuellen Rückständen der Rüstungsproduktion des Werkes Dörverden“, auf die sich die Mitteilung des Landkreises stützt, ist die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG). Die IABG ließ im Auftrag der Geländeigentümerin Industrieverwaltungs-gesellschaft (IVG) auf dem Areal der ehemaligen Munitionsfabrik Nachforschungen anstellen. Laut Kreisverwaltung wurden dabei anhand alter Werkpläne und Gebäudelisten die Gebäude der Munitionsfabrik und deren Umfeld untersucht. Das wirft vermutlich neue Probleme auf, denn die Suchtrupps fanden eitrige Stoffe auch fernab von den Gebäuden, in denen sie laut Funktionsplan eigentlich nur vorkommen dürfen. Die Kreisverwaltung schließt daraus, daß diverse Gebäude in der Kriegszeit ihre Funktionszuweisung gewechselt haben.

Der IABG-Bericht nennt eine Jahresproduktion von 1000 bis 2000 Tonnen „normalen“ Nitrocellulosepulvers. Vom Spezialpulver, das mit Arsenkampfstoffen versetzt war, wurden zum Kriegsende 50 bis 300 Tonnen zusammengerührt. Auch nach Durchsicht des IABG-Berichtes, so die Kreisverwaltung, sei unklar, wo die Produktionsabfälle geblieben sind. Der größte Teil der flüssigen Rückstände aus der Pulverfabrikation sei vermutlich in die Weser geleitet worden. Festere Stoffe wurden nach den Vermutungen der Kreisverwaltung ebenfalls in Richtung Weser geschickt.

Selbst wenn der überwiegende Teil der Produktionsabfälle gegen Kriegsende verbrannt worden sei, könne nicht ausgeschlossen werden, daß — wie von Zeitzeugen berichtet — auch größere Mengen belasteter fester Stoffe einfach in einiger Entfernung von den Gebäu-

den und Produktionsanlagen im Gelände vergraben sind. Der Landkreis schreibt dazu in der Mitteilungsvorlage, die identisch mit einem Bericht an den Umweltminister in Hannover ist: „Weitergehende Boden- und ergänzende Grundwasseruntersuchungen werden daher unbedingt für erforderlich gehalten.“

Das gilt offenbar ganz besonders für die freigelegten Reste der Säurehochkonzentrationsanlage. Die Kreisverwaltung erwartet vom Umweltminister in Hannover weitere Schritte ohne zeitliche Verzögerung. Die Analyseergebnisse mit dem Arsenbefund ließ die Kreisverwaltung in ihrer Mitteilung für die Abgeordneten unkommentiert.

Die „Eibia-Arbeitsgemeinschaft“ in Verden sieht sich, laut Sprecher Joachim Wook, wieder einmal bestätigt. Bereits 1988 hatte die Gruppe dem Landkreis ein Gutachten über sogenannte „Problembereiche“ im Eibia-Gelände angeboten. Neben vier weiteren Bauwerken wurde bereits damals auch die Säurehochkonzentrationsanlage als besonders gefährlich ausgewiesen. Das Gutachten, von der Gruppe bei der Planungsgemeinschaft Boden und Umwelt bestellt, nannte zusätzlich die „Neutralisation“ nebst „Stoffanganlage“, ein Mehrkammerbecken mit der Bezeichnung „Holländer“ und die „Wiedergewinnung A-Kohle“.

In der Mitteilungsvorlage der Kreisverwaltung ist von diesen Gebäudestandorten überhaupt keine Rede. Die Eibia-AG hat darum schriftlich beim Landkreis angefragt, ob an eine Untersuchung dieser Gebäude- oder Anlagenreste gedacht sei. Durch alte Luftaufnahmen, die ebenfalls von der Eibia-AG ausfindig gemacht wurden, seien auch altlastverdächtige Flächen erkannt worden. Die Nachfrage der Gruppe bezieht sich auch auf diese deutlich vegetationsärmeren Flächen. Dabei, so Joachim

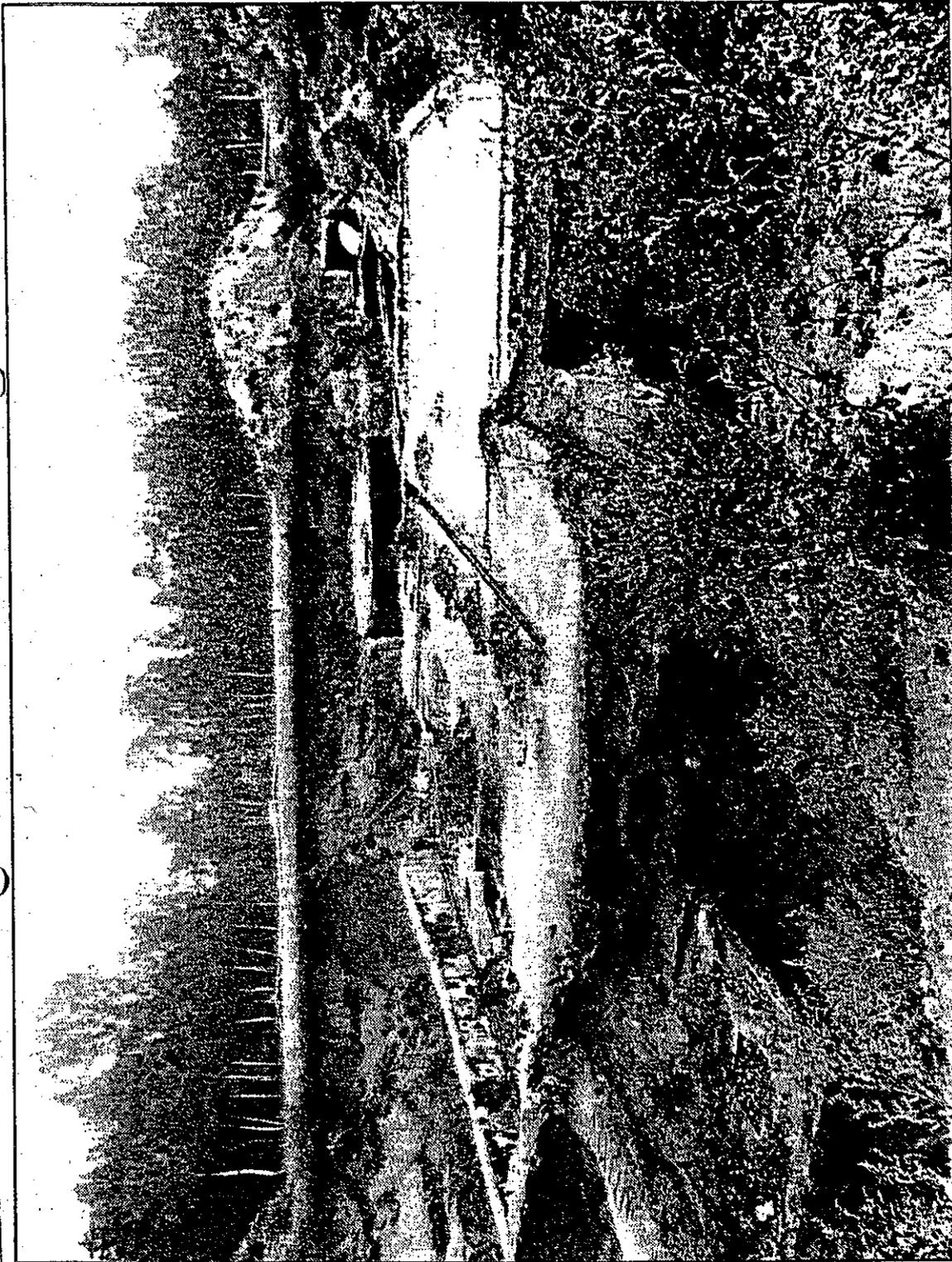
oder auch „Clark II“ hießen arsenhaltige Kampfstoffe, die dem Munitionspulver damals zugemischt wurden. Weitere Funde im Eibia-Boden: Der Stabilisator Diphenylamin, Schmieröle und das dioxinverdächtige PCB. Die Informationen über die Bodenverseuchung in der Kreisverwaltung zitterte in einer Mitteilung zweiter Hand, denn die Kreisverwaltung zitierte in einer Mitteilungsvorlage für die Mitglieder des Wasserwirtschaftsausschusses lediglich Teile eines Untersuchungs-papiers, das im Original unter Verschluss gehalten wird.

Wook, verfüge die Kreisverwaltung doch seit geraumer Zeit über Infrarotaufnahmen des ganzen Kreisgebietes. Man wolle wissen, ob dieses Hilfsmittel auch für die Altlastsuche in Barne hinzugezogen werde.

Der bisherige Kompetenzwirrwarr veranlaßte die Eibia-Gruppe, die mittlerweile als Arbeitsgemeinschaft in der BUND-Kreisgruppe Verden agiert, den Kreis nach der Regelung der Zuständigkeit zwischen Bezirksregierung, Umweltminister und Eigentümerin zu fragen. „Welche Stelle übernimmt die Koordination der Entsorgung?“ Der Landkreis jedenfalls erklärte sich in seiner Mitteilungsvorlage für überfordert.

Die Studie der IABG wurde der Eibia-Gruppe auf der Aktionärsversammlung, wie von uns berichtet, vom IVG-Vorstand verweigert, obwohl man eine Aktie als Eintrittskarte vorweisen konnte. Die Gruppe versucht nun, über den Landkreis an die Untersuchung heranzukommen. Kreisdirektor Werner Jahn: „Wenn die IVG nichts dagegen hat, kann die Arbeitsgemeinschaft das Gutachten von uns bekommen.“

Verdener Nachrichten  
23.08.90



Vom Staatshochbauamt Verden wurden die Fundamente der alten Säure-  
hochkonzentrationsanlage unter dem Sportrasen der Barmer Niedersachsen-  
kaseme freigelegt. In Bodenproben fand die Universität Marburg organisches  
und anorganisches Arsen.  
fo/Jäger

Verdener Nachrichten, 23.08.90

# „Das gesamte Eibia-Gutachten offenlegen“

## Kreiswasserwirtschaftsausschuß befaßte sich mit Barmer Altlasten

Verden (pwi). Das gesamte Gutachten über Rückstände der ehemaligen Munitionsfirma Eibia in Barne soll nach Ansicht von Horst Austermann (SPD) dem Wasserwirtschaftsausschuß des Kreises vorgelegt werden. Bisher veröffentlichte der Landkreis nur Teile des Untersuchungsprotokolls (wir berichteten), das die Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) erarbeitet hat. Hans-Hierbert Zerdler, zuständiger Dezernent beim Landkreis, versprach daraufhin, in der jüngsten Sitzung des Gremiums bei der Bezirksregierung anzufragen, inwieweit das Gutachten öffentlich ist.

„Wir haben Anspruch auf vollständige Informationen“, begründete Austermann sein Anliegen. Er kündigte an, weitere Fragen bezüglich der Untersuchung dem Landkreis schriftlich vorzulegen, und bat darum, diese Fragen vor dem Kreistag im Oktober zu be-

antworten. Außerdem wies Friedrich Heemsoth (FDP) darauf hin, daß die von der Verwaltung veröffentlichten Daten zur Gefährdung durch Rüstungsaltsen „nicht sehr aussagekräftig“ seien.

In dem Gutachten der IABG heißt es, daß auf dem Gelände der ehemaligen „Eibia“ Arsenverbindungen sowie Diphenylamin, Schmieröle und das dioxinverdächtige PCB gefunden wurden. Inwieweit das Grundwasser betroffen ist, steht noch nicht fest, da Untersuchungen hierzu bisher nicht durchgeführt wurden. Auch haben sich die Nachforschungen bis jetzt auf die Standorte der Gebäude beschränkt. Vermutlich sind jedoch noch andere Bereiche betroffen, denn Zeitzeugen haben berichtet, daß Stoffe in einiger Entfernung von den Produktionsanlagen vergraben wurden. So hält die Kreisverwaltung „weitergehende Boden- und ergänzende

Grundwasseruntersuchungen unbedingt für erforderlich.“

Die Eibia-Arbeitsgemeinschaft, die in der BUND-Kreisgruppe aktiv ist, hat im August mehrere Anfragen an die Verwaltung gestellt. Aus dem Antwortschreiben geht hervor, daß bisher noch nicht bekannt ist, wer die Koordination der Entsorgungsarbeiten übernimmt. Auch weiß der Landkreis nicht, wie die interministerielle Arbeitsgruppe Rüstungsaltsen das Gutachten interpretiert und welche weiteren Schritte vorgesehen sind.

Zu Luftbildmaßnahmen im Raum Dörverden aus dem Jahr 1989 schreibt die Verwaltung, daß diese Fotos „nicht die erhoffte Aussagefähigkeit erbracht“ haben. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), die die Befliegung durchführte, habe jedesfalls nicht auf Problemflächen aufmerksam gemacht.

Verdener Nachrichten, 27.09.90

# Ausmaß der Verseuchung noch nicht zu übersehen

## Neue Untersuchung zur Rüstungsalast der EIBIA liegt vor

Landkreis. Die Rüstungsalasten auf dem ehemaligen EIBIA-Gelände in Dörverden-Barne haben sehr wahrscheinlich zu einer Grundwasserbelastung geführt. Diese Vermutung äußerten die Mitarbeiter der Industrieanlagen-Betriebsgesellschaft (IABG) in ihrem Untersuchungsbericht für das Niedersächsische Umweltministerium, den Oberkreisdirektor Rainer Mawick am Dienstag den Mitgliedern des Wasserwirtschaftsausschusses vorlegte. Weitere Beprobungen, insbesondere des Grundwassers, sollen endgültige Klarheit über die Umweltbelastung auf dem Gelände geben.

Bei den bisherigen Untersuchungen der IABG sind im Werk Dörverden Rückstände verschiedener Pulversorten gefunden worden, unter anderem mit dem sogenannten A-Pulver ein Produkt, in dem einer oder mehrere Kampfstoffe enthalten sind. Nach Aussage der IABG kann es sich bei diesen Kampfstoffen um organische Arsenverbindungen handeln. Des weiteren sind die

Wissenschaftler im Werk „Weser“ auf den Stabilisator Diphenylamin sowie Betriebsstoffe, wie PCB und Schmieröle gestoßen, die auf Teilflächen zu einer Kontamination des Bodens geführt haben.

Um das Ausmaß der Verseuchung systematisch zu ermitteln, haben die Spezialisten anhand von alten Werkspänen und Gebäudelisten gezielte Untersuchungen vorgenommen. So sind im unmittelbaren Umfeld der Gebäude und - soweit möglich - aus dem dort gelagerten Material, Proben gezogen worden. Dabei stellten die Wissenschaftler fest, daß die nachgewiesenen Stoffe nicht immer mit denen in den alten Produktionslisten übereinstimmen. In den jeweiligen Gebäuden müssen daher bis zum Kriegsende unterschiedliche Produkte hergestellt worden sein, was die Untersuchungen weiter erschweren dürfte.

Unklar ist nach derzeitigem Stand der Beprobungen, wo die bei der Produktion angefallenen Abfälle geblieben sind. Die flüs-

sigen Abfällen sind sehr wahrscheinlich - soweit eine Aufbereitung nicht sinnvoll war - über das Leitungssystem in die Weser eingeleitet worden. Aber auch andere Stoffe könnten über diesen Weg „entsorgt“ worden sein, haben die Spezialisten in den Leitungen doch erhebliche Rückstände an festem Material gefunden. Der Großteil der Abfälle ist möglicherweise auf dem geländeeigenen Brandplatz vernichtet worden.

Dennoch, so die Vermutung der Verantwortlichen, könne nicht ausgeschlossen werden, daß sich Beobachtungen von Zeitzeugen bestätigen, und größere Mengen belasteter fester Stoffe in einiger Entfernung von den Gebäuden und Produktionsanlagen im Gelände vergraben worden sind. Die vorliegenden Bodenuntersuchungen können darüber noch keinerlei Aufschluß geben, da sie sich auf den Bereich der Produktionsanlagen, Lager, Kraftwerke und Transformatorstationen beschränken.

mw

## Landesregierung schaltet sich ein

### Gemeinde und Landkreis mit dem Problem der Rüstungsalastlasten überfordert

Landkreis. Die Bodenuntersuchungen gehen weiter: Auf dem ehemaligen EIBIA-Gelände will der Landkreis insbesondere ergänzende Grundwasserproben ziehen lassen. Bisher haben sich die Mitarbeiter der IABG bei ihrer Arbeit im wesentlichen auf den nördlichen Bereich des Werksgeländes konzentriert, wo sich jedoch keine Produktionsanlagen, sondern lediglich weiter östlich davon Zwischenlager befunden haben. Außerdem verläuft der dortige Grundwasserabstrom nach Nordwesten. Da die

eigentlichen Produktionsbereiche jedoch südlich und westlich der neu abgeteufte Brunnen sowie der alten Brunnenanlagen der EIBIA liegen, können Kontaminationen aus diesem Gebiet über das Brunnennetz nicht erfaßt werden. Hierzu müssen nach Erkundung der hydrologischen Verhältnisse neue Beobachtungsbrunnen eingerichtet und beprobt werden.

Auch bei der Produktionsanlage für die Säurehochkonzentration wird beprobt. Die Fundamente sind mittlerweile freige-

legt. Boden- und Wasserproben analysiert worden. Ob und inwieweit der Aushubboden belastet ist, muß jedoch noch näher überprüft werden. Ebenso soll das Grundwasser nochmals untersucht werden, da aufgrund der vorliegenden Analyseergebnisse Kontaminationen nicht ausgeschlossen sind.

Die Kosten für den Bau des Brunnens und der Analysen lassen sich noch nicht genau beziffern, sollen dem Landkreis aber vom Land Niedersachsen erstattet werden. Die Landesregierung

hat sich des Problems der Rüstungsalastlasten angenommen und trifft die nächsten Entscheidungen zum Vorgehen. Laut Oberkreisdirektor Mawick sind Gemeinde und Landkreis schon von der personellen Ausstattung her mit diesem Problem überfordert. Wann die Bundeswehr auf dem kaserneneigenen Sportplatz wieder dem runden Leder nachjagen kann, wird sich auf Landesebene entscheiden und ist davon abhängig, wie schnell die ausstehenden Untersuchungen abgeschlossen werden.

mw

# „Ausdauer im Kampf mit der Verwaltung“

## Joachim Wock referierte zum Thema: Rüstungsallasten im Landkreis Verden / Öllager interessant

Achim (alt). „Es ticken noch viele Zeitbomben in der Erde“, sagte Joachim Wock, der auf Einladung der Achimer Geschichtswerkstatt zum Thema „Rüstungsallasten im Landkreis Verden — nicht nur ein Umweltthema“ referierte. Der Lehrer an den Berufsbildenden Schulen in Dauelsen berichtete von den Schwierigkeiten, auf die er und seine Schüler trafen, als sie im Rahmen eines Schülerwettbewerb, bewirts darangingen, im Dörverdener Raum nach Rüstungsallasten zu suchen. Denn dort waren im Zweiten Weltkrieg von der Firma „Eibia“ Kampfstoffe — vorwiegend Schießpulver — hergestellt worden. Auf Teilen des Finnengelandes ist heute die Bundeswehr untergebracht.

„Umwelt hat Geschichte“ lautete der Wettbewerb, zu dem die Schüler 1987 an die Erforschung der Schießpulverfabrik in Dörverden gingen. Die jungen Forscher und ihr Lehrer sammelten Informationen und Unterlagen über die Eigentumsfrage des Geländes. Denn das ist für eine spätere Sanierung natürlich von Bedeutung, so Joachim Wock. Mit den Ergebnissen — auf dem Gelände lagern, al-

lerdings an nicht näher bekanntem Ort, drei Kisten mit arsenhaltigen Stoffen — ging die Gruppe an die Öffentlichkeit. „Von der Verwaltung war kaum etwas zu erfahren“, sagte Wock, „das war eine richtige Blockade.“ Denn es gehe nicht nur um die drei Kisten mit Arsen, sondern um Reste der Produktion von chemischen Kampfstoffen. Bis heute seien Unterlagen dazu eine Verschlusssache, berichtete Wock.

Im Dörverdener Gebiet sind nämlich kleine Plättchen gefunden worden, die ebenfalls arsenhaltig sind. Dreimal wurden bereits Plättchen beseitigt, immer wieder aber auch neue entdeckt. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst war ebenfalls im Einsatz, so Wock, doch mit einem Detektor könnten ja wohl keine Pulverreste — um die es in Dörverden geht — entdeckt werden.

Die Arbeit der Schülergruppe führte gemeinsam mit anderen Gruppen im Harz, die alle die gleichen Kämpfe gegen die Verwaltungswindmühlen ausfochten, zur Gründung einer „Initiative gegen Rüstungsallasten“. Dadurch entstanden Kontakte zu Fachleuten

und Chemikern, die bei der Forschung behilflich waren und Tips gaben, wonach bei Boden- und Wasserproben beispielsweise zu suchen sei. „Für die Schüler, denen man etwas von Legislative, Judikative und Exekutive und der gegenseitigen Kontrolle erzählt, war es interessant, zu sehen, daß die Verwaltung Aktenzinsicht verhindern kann“, sagte Wock.

Denn auch die Kreistagsabgeordneten kamen nicht an die Unterlagen der Verwaltung. Der aktuelle Stand: Die IVG (Industrieversicherungsgesellschaft) — zu 51 Prozent staatlich —, die das Gelände in Dörverden an die Bundeswehr verpachtet hat, ist zu Voruntersuchungen bereit. Ein erstes Gutachten liegt dem Landkreis vor, doch weder die Abgeordneten noch die Initiative haben es bisher bekommen.

Ein zweites Gutachten soll im Herbst abgeschlossen sein. „Eine Entscheidung hat bisher nicht stattgefunden“, sagte Wock.

Rüstungsallasten sind inzwischen zum Thema geworden, Joachim Wock und einige Schüler beschäftigen sich jetzt mit den

Zwangsarbeitern, die damals dort arbeiten mußten.

Außer der Schießpulverfabrik in Dörverden gab es im Landkreis noch das große Öllager in Baden, das für die Achimer Geschichtswerkstatt interessant ist. „Dort muß nichts sein“, sagte Wock, „aber ich frage mich, wo beispielsweise die Reinigungsschemikalien für die Tanks geblieben sind, oder ob damals Bomben auf dieses Gebiet gefallen sind.“ Denn es könne zur Verseuchung des Erdreichs geführt haben.

Um herauszubekommen, was mit einem Gelände los ist, sei es immer sinnvoll, erst einmal topografische Karten und Luftbildaufnahmen aus der Zeit im und kurz nach dem Krieg zu besorgen, betonte Joachim Wock, der einige Karten mitgebracht hatte, auf denen ebenso wie auf den Luftaufnahmen aus dem Jahre 1957 die Anlagen in Dörverden deutlich zu erkennen sind.

Außerdem müsse in Erfahrung gebracht werden, wem ein Gelände gehört. Ja, und dann, so Wock, brauche es Ausdauer für den Kampf mit der Verwaltung.

# Rüstungsaltpasten: Keiner weiß etwas oder will etwas sagen

Joachim Wook hielt Vortrag bei der Achimer Geschichtswerkstatt

amr Achim. Da werden Informationen zurückgehalten, Tatsachen verschleiert oder nach den falschen Dingen in Wasser- und Bodenproben gesucht: Rüstungsaltpasten im Landkreis Verden. Nur wenige Zuhörer kamen am Montag abend in den „Schützenhof“, um dem Vortrag Joachim Wooks zu lauschen, der auf Einladung der Achimer Geschichtswerkstatt gekommen war. Dabei sprach der Berufsschullehrer aus Verden hauptsächlich über den „Fall EIBIA Dörverden“, den er seit 1987 „bearbeitet“.

Die langwierige Geschichte in Kurzform: 1987 beteiligt sich der Pädagoge mit einer Klasse am bundesweiten Schülerwettbewerb zur deutschen Geschichte, der alle zwei Jahre durchgeführt wird. Auf der Suche nach einem geeigneten Thema stößt Joachim Wook auf ein Heft, in dem alle Firmen verzeichnet sind, in denen während des zweiten Weltkrieges chemische Kampfstoffe entstanden. Praktisch vor der eigenen Haustür ist auch die Schießpulverfabrik EIBIA eingezeichnet, das heutige IVG-Gelände (Industrieverwaltungsgesellschaft). Die Recherchen beginnen.

„Nach kurzer Zeit merkten wir, daß keiner etwas wußte oder wissen wollte“, erinnert sich

Wook in Achim. Durch Zufall gelangen die Schüler an einen Brief, in dem etwas von drei Kisten mit Arsen steht, die in irgendwelchen Gängen auf dem Gelände in Dörverden stehen sollen. Nachdem die Anfragen an die zuständigen Behörden ohne Erfolg bleiben, wenden sich die Berufsschüler an die Presse – der Stein gerät ins Rollen. Dennoch bleiben viele Dinge „Verschlußsache“. Eine kleine Anfrage an den Landtag bewirkt unter anderem, das die „Kraftzwerge“ aus dem Harz Kontakt mit den Verdenern aufnehmen. Sechs Gruppen treffen sich in Clausthalzellerfeld und gründen die „Initiative gegen Rüstungsaltpasten“. Man ist sich einig: Es geht um die Reste der Rüstungsproduktion, die im Erdreich schlummern, oft neben Wasserwerken oder Trinkwasserbrunnen. Joachim Wook spricht von 30 Brunnen, die im Dörverden Gebiet liegen. „Sie werden alle 15 Jahre untersucht“, ergaben die Nachforschungen. Natürlich kommt es bei den Proben darauf an, was man sucht ...

Auf einem Waldweg in der Nähe des IVG-Geländes, auf dem heute die Bundeswehr stationiert ist, fanden die Schüler arsenhaltige Plättchen – Adam-sit. Der Landkreis suchte das Gebiet ab, die Berufsschüler fanden

erneut Plättchen, der Landkreis kofferte den Bereich aus, die Gruppe fand wieder etwas ... Wenn auch die drei Kisten Arsen bis heute nicht gefunden wurden, so willigte die IVG dennoch ein, ein Gutachten über mögliche Altpasten zu erstellen. Die IVG ist eine Gesellschaft, erkannten die Verdener und kauften Aktien. Aber auch als Aktienbesitzer gelang es ihnen nicht, an das Gutachten heranzukommen, das dem Landkreis Verden übrigens auch vorliegt. Im Herbst dieses Jahres wird ein weiteres Ergebnis erwartet.

Und inzwischen schlummern die Altpasten im Erdreich. Oder doch nicht? Jüngst sackte ein Teil des Sportplatzes auf dem Bundeswehrgelände in Dörverden ab. Unter diesem Stück kamen ehemalige „Säure-Kammern“ zum Vorschein.

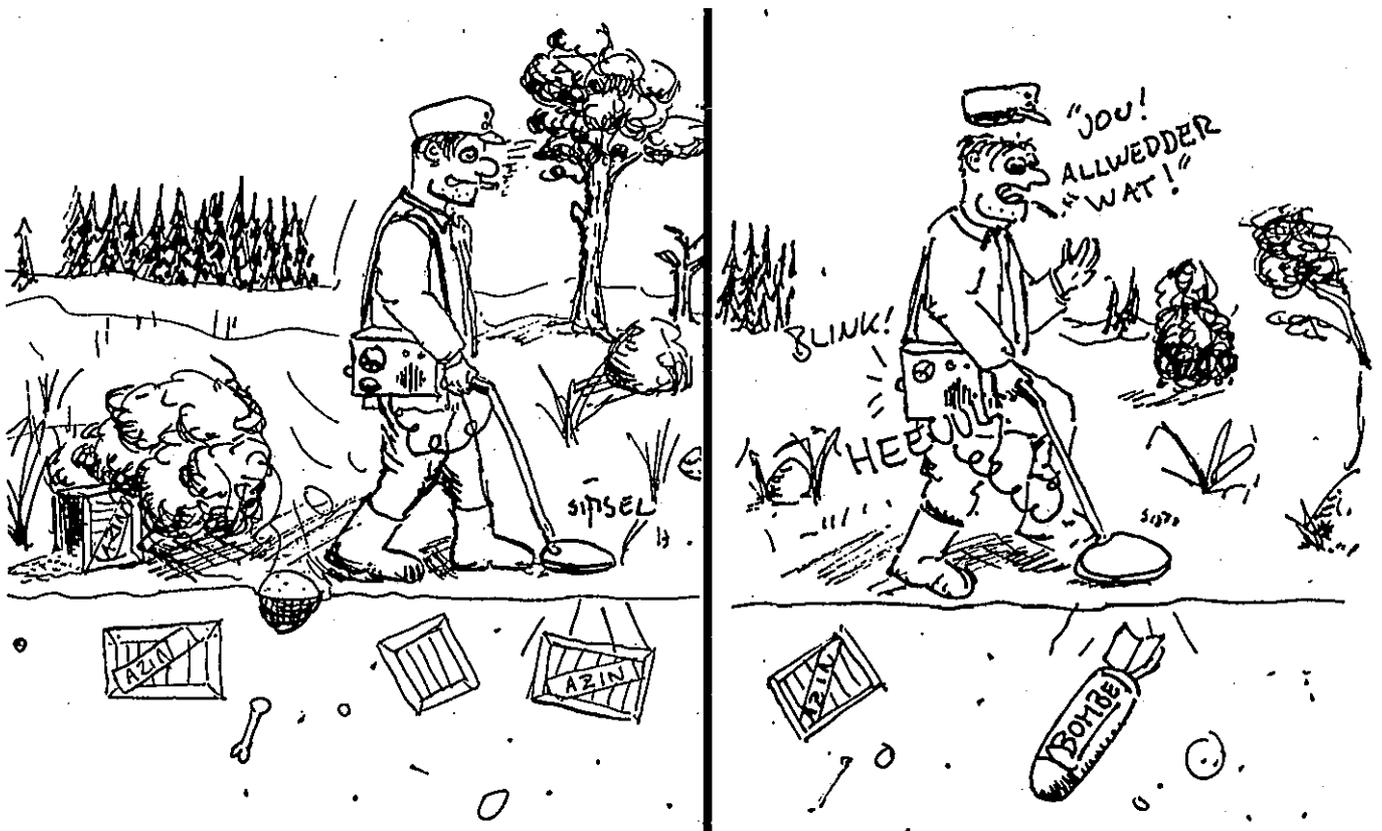
„Gibt es noch weitere Rüstungsaltpasten im Landkreis?“ erkundigt sich der Vorsitzende der Geschichtswerkstatt Achim, Karlheinz Gerhold am Montag. „Das Öllager in Achim finde ich auch sehr bedenklich“, lautet Wooks Antwort. Im November will die Geschichtswerkstatt während der Jahreshauptversammlung eine Arbeitsgemeinschaft gründen, die sich mit der Geschichte des Öllagers in Baden befaßt.



Einen Vortrag über Rüstungsaltpasten hielt Joachim Wook (links) bei der Geschichtswerkstatt Achim im Schützenhof. Rechts Vorsitzender Gerhold.

Foto: Meyer

# Rüstungsaltplasten im Landkreis Verden - nicht nur ein Umweltthema



Vortrag von  
Joachim Woock, Verden

**Montag, 1.10.1990**

20 Uhr, Kulturhaus »Alter Schützenhof«, Achim

**GESCHICHTSWERKSTATT ACHIM**

**Rüstungsaltlasten im  
Landkreis Verden - nicht**

**Montag, 1.10.1990**

**20 Uhr, Kulturhaus »Alter Schützenhof«, Achim**

**EINE ÖFFENTLICHE VORTAGSVERANSTALTUNG DER GESCHICHTSWERKSTATT ACHIM**